

## Integration braucht Profession

### Wohlfahrtsverbände und Landesausländerbeirat fordern Hessische Landesregierung auf, professionelle Migrationssozialarbeit zu unterstützen

In den vergangenen Jahren hat sich – nicht ohne Widerstände – die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, dass die Integration einer ethnisch, kulturell und religiös vielfältiger und zugleich ungleicher gewordenen Gesellschaft eine zentrale politische und gesellschaftliche Aufgabe darstellt. Es war der Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ („Süßmuth-Kommission“) aus dem Jahr 2001, der die damit verbundenen Herausforderungen für die Bildungs- und Ausbildungs-, die Arbeitsmarkt- und die Sozialpolitik zum ersten Mal systematisch beschrieben und ein „zeitgemäßes und zukunftsfähiges Gesamtkonzept für geregelte Zuwanderung und Integration“ gefordert hat. Auch wenn sie immer wieder von althergebrachten Politiken der Abwehr (das jüngste Beispiel sind die aktuellen Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes) konterkariert wird, ist eine migrations- und integrationspolitische Wende unverkennbar. Das zeigen – als öffentlichkeitswirksame Initiativen – auch die beiden Integrationsgipfel der Bundesregierung und der „Nationale Integrationsplan“. In Bund, Ländern und Kommunen scheint sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass Integrationspolitik eine Querschnittsaufgabe ist, die das Ziel einer möglichst gleichberechtigten Partizipation von Migrantinnen und Migranten an allen gesellschaftlichen Teilbereichen tatkräftig verfolgen muss.

Die Wohlfahrtsverbände und der Landesausländerbeirat begrüßen diesen integrationspolitischen Perspektivenwechsel, zu dem sie jahrzehntelang aufgerufen haben. Es ist gut, dass Integrationsaufgaben nicht mehr allein der Sozialen Arbeit der Wohlfahrtsverbände überantwortet bleiben, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgaben begriffen werden, die eine interkulturelle Öffnung von Verwaltungen und Einrichtungen genauso nach sich ziehen müssen, wie eine qualifizierte Sprachförderung, eine bessere Vernetzung von Maßnahmen und Akteuren vor Ort und die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements. Eine Fehlentwicklung wäre es allerdings, wenn diese dringend notwendigen Integrationsstrategien und –maßnahmen als Alternative zu einer migrationspezifischen Sozialarbeit begriffen würden.

Genau diese Fehlentwicklung konstatieren die Wohlfahrtsverbände und der Landesausländerbeirat angesichts der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. Die Förderung von Deutschkursen und ehrenamtlichen Integrationslotsen allein reichen für eine nachhaltige Integrationspolitik jedenfalls nicht aus. Die ersatzlose Streichung aller finanziellen Zuschüsse für Migrationsberatungsstellen in Hessen, die die Landesregierung 2004 vollzogen hat, war und ist integrationspolitisch ausgesprochen schädlich. Ihre Auswirkungen sind vielleicht noch nicht auf den Gipfeln, sehr wohl aber in den Mühen der Ebene deutlich spürbar:

1. Durch die radikalen Kürzungen der Landesregierung gibt es – abgesehen von wenigen Stellen, die die Wohlfahrtsverbände aus Eigenmitteln finanzieren – in Hessen nur noch vom Bund geförderte Migrationserstberatungsstellen. Diese sind allerdings bis auf wenige Ausnahmen für Neuzuwanderer in den ersten drei Jahren vorgesehen. Damit stehen die sogenannten „Bestandsausländer“, also bereits länger hier lebende Migrantinnen und Migranten, deren Zahl die Neuzuwanderer um ein Vielfaches übersteigt, buchstäblich vor der Tür. Migrationserstberatungsstellen dürfen sie in der Re-

gel nicht beraten, andere Soziale Dienste können es nicht, weil diese Klienten oft mit migrationspezifischen Fragen und Anliegen – wie z.B. statusbedingten rechtlichen und sozialrechtlichen Fragen oder Fragen nach dem Umgang mit Diskriminierungen – vorstellig werden, die zu beantworten selbst interkulturell offene andere Soziale Dienste nicht in der Lage sind. Damit ist ein großes Loch ins Netz sozialer Hilfen für Menschen mit Migrationshintergrund gerissen, und zwar gerade da, wo Integrationsarbeit besonders wichtig wäre. Der Migrationsforscher Klaus Bade wiederholt seit Jahrzehnten unermüdlich, dass eine nachholende Integrationspolitik, die vor allem länger hier lebende Migrantinnen und Migranten ins Zentrum stellt, „die wichtigste Säule der Integrationspolitik in Deutschland“ ist. Auch der Nationale Integrationsplan konstatiert einen „erheblichen nachholenden Integrationsbedarf“ und bewertet ihn als „Aufgabe von nationaler Bedeutung“. In der hessischen Praxis gerät gerade diese wichtigste Säule der Integrationspolitik ins Wanken.

2. Was in Hessen als Alternative zu professioneller Sozialer Arbeit empfohlen wird – die interkulturelle Öffnung von Diensten und Verwaltungen, die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements und die Vernetzung von Angeboten und Akteuren vor Ort – ist bis jetzt, von rühmenswerten Ausnahmen abgesehen, weitgehend Gegenstand von Aufforderungen und Absichtserklärungen, weniger der Praxis. Eine Alternative zu professioneller Sozialer Arbeit ist das gewiss nicht. Vielmehr wird erst umgekehrt ein Schuh daraus, der in die Spuren einer zukunftsfähigen Integrationspolitik passt: Interkulturelle Öffnungsprozesse vollziehen sich nicht von selbst. Sie müssen von qualifizierten Stellen angestoßen und fachlich begleitet werden. Ehrenamtliches Engagement und Selbsthilfe – das wissen Wohlfahrtsverbände aus eigener Erfahrung wohl am besten – brauchen hauptamtliche Unterstützung und Begleitung. Menschen müssen nicht nur gerufen, sondern motiviert, aktiviert und gerade in der interkulturellen Arbeit qualifiziert werden. Und für eine systematische Angebotsplanung und die Vernetzung im Sozialraum reichen nicht gemeinsam herausgegebene Flyer. Dazu braucht es Netzwerker, die interkulturell qualifiziert sind und Methoden des Projekt- und Konfliktmanagements sowie der Mediation beherrschen. Netze brauchen haltbare und nachhaltige Knoten, wenn sie nicht schon morgen wieder auseinanderfallen sollen.
3. Schließlich brauchen die Menschen eine qualifizierte Migrationssozialarbeit, die bis heute integrationspolitisch keine Rolle spielen (sollen): Menschen ohne dauerhaften Aufenthaltsstatus. Die Wohlfahrtsverbände und der Landesausländerbeirat fordern seit Jahren, Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge zu öffnen und Flüchtlingsberatungsstellen zu unterstützen. Welcher Fehler es war, das über Jahrzehnte nicht getan zu haben, offenbart sich heute bei der Umsetzung der Bleiberechtsregelung, von der über Parteigrenzen hinweg immer wieder betont wird, dass sie ein Erfolg werden muss. Wenn sie es nicht wird, und einiges spricht leider dafür, dann liegt das nicht zuletzt daran, dass man die Betroffenen über Jahre hinweg sozial marginalisiert und von Sprachkursen, Qualifizierungsmaßnahmen, dem Ausbildungs- und dem Arbeitsmarkt systematisch ferngehalten hat.

Um Integrationskonzepte in Land und Kommunen praktisch umzusetzen, braucht es mehr als Absichtserklärungen, ehrenamtliches Engagement und immer neue befristete und kurzatmige Projekte. Eine nachholende und nachhaltige Integrationspolitik benötigt tragfähige

und kontinuierliche Strukturen. Dazu gehört auch eine professionelle moderne Migrationssozialarbeit. Richtig: Das kostet was. Aber: Desintegration kommt Migrantinnen und Migranten und die gesamte Einwanderungsgesellschaft allemal teurer zu stehen. Das sollten wir alle aus den letzten, integrationspolitisch verlorenen Jahrzehnten gelernt haben.

Darum fordern der Landesausschuss für Ausländerangelegenheiten und die Wohlfahrtsverbände die zukünftige Hessische Landesregierung auf, die professionelle Migrationssozialarbeit als effektiven Beitrag zur Integration zu unterstützen, ihre Kompetenzen und Erfahrungen zur Umsetzung einer nachhaltigen Integrationspolitik zu nutzen und mit den Wohlfahrtsverbänden in einen konstruktiven Dialog darüber einzutreten, wie eine zukünftige landesgeförderte Migrationssozialarbeit in Hessen konkret aussehen soll.

Liga Hessen, Landesausschuss für Ausländerangelegenheiten

Frankfurt/Wiesbaden, 14. Dezember 2007